

Stellungnahme der DGS zum »Kerndatensatz Forschung« des Wissenschaftsrats

Hintergrund

Im Januar 2013 hat der Wissenschaftsrat erste Empfehlungen zu einem Kerndatensatz Forschung verabschiedet.¹ Der Kerndatensatz soll einen »Standard für die informationstechnische Erfassung von Forschungsaktivitäten« liefern und die Berichterstattung für Forschungseinrichtungen vereinfachen. Vor allem soll er »belastbare« Daten bereitstellen, um Vergleiche

and similar papers at core.ac.uk

provided by Publikationen der Deut

tig von allen Hochschulen und außeruniversitären Forschungsorganisationen einheitlich erhoben und auf Anfragen aus Politik, Forschung und Medien zur Verfügung gestellt werden.

Der von einer Projektgruppe des Wissenschaftsrats, dem Institut für Forschungsinformation und Qualitätssicherung (iFQ) sowie dem Fraunhofer Institut für Angewandte Informationstechnologie erarbeitete Kerndatensatz umfasst die fünf Bereiche Beschäftigte, Nachwuchs, Drittmittel/ Finanzen, Patente, Publikationen. Die sogenannte »Schale«, die als »weniger verbindlich« deklariert wird, umfasst Preise und Forschungsinfrastrukturen.

Für zwei Monate – Juni und Juli 2015 – war es möglich, die Betaversion des Kerndatensatzes online zu kommentieren. Im September 2015 wurden die Änderungsvorschläge von einem vom Wissenschaftsrat eingerichteten Beirat durchgesehen. Laut Webseite des IFQ wurden 149 Änderungsvorschläge vom Beirat übernommen und zusammen mit einem Bericht an den Wissenschaftsrat übergeben. Auf der in dieser Woche stattfindenden Sitzung des Wissenschaftsrats² soll die Version 1.0 des Kerndatensatzes verabschiedet und mit entsprechenden Empfehlungen veröffentlicht werden.

Als einzige Fachgesellschaft hat sich bislang der Historikerverband geäußert. Kritisiert wird insbesondere, dass die mit dem Kerndatensatz vorgenommene Standardisierung die Fachkulturen untergräbt (»Zahlen statt Köpfe«), dass statt der vom WR proklamierten Datensparsamkeit riesige Datenpools entstehen und der hohe Aufwand im jetzigen Betrieb nicht zu leisten ist. Schließlich war die Einbindung der Fächer in den Prozess unzureichend.

1 www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2855-13.pdf

2 *Ann. der Redaktion:* Der Wissenschaftsrat tagte am 21. Januar 2016 zum Thema.

Stellungnahme

Zunächst ist festzuhalten, dass die Idee des Kerndatensatzes auf eine faktisch bestehende Problemlage und berechtigte Interessen – nicht zuletzt all jener, die die Wissenschaft finanzieren – reagiert: Tatsächlich gibt es zu basalen Aspekten von Forschungsaktivitäten, etwa zur Höhe von Drittmittel-einwerbungen oder der Anzahl der Doktorand/innen, keine national vergleichbaren Daten.

Außer Frage steht auch, dass es für alle Beteiligten mehr als misslich und sehr ressourcenintensiv ist, für die diversen und unterschiedlichen Anfragen und Berichtserfordernisse innerhalb und außerhalb des Wissenschaftssystems immer wieder neu und anders formatierte Angaben zusammenstellen zu müssen. Eine Vereinfachung der Berichtspflichten wäre in der Tat zu begrüßen.

Dem stehen jedoch aus Sicht der DGS erhebliche Bedenken bezogen auf die Einführung des geplanten Kerndatensatzes gegenüber:

1. *Kurz- und mittelfristig hoher Aufwand – unklare Effizienzgewinne.* Soll es sich tatsächlich um – wie immer wieder betont wird – »belastbare« Daten handeln, bedeutet die Implementation des neuen Berichtswesens und die unverzichtbare Überprüfung der Daten durch die Wissenschaftler/innen kurz- und mittelfristig einen extrem hohen Mehraufwand. (Die Soziologie kann dies gut beurteilen, da sie zwischen 2005 und 2008 eine Pilotstudie zum Forschungsrating durchgeführt hat, in der die Forschungsaktivitäten und die Forschungsqualität aller soziologischen Institute in Deutschland erhoben und bewertet wurden). Wann, wenn überhaupt, mit Effizienzgewinnen zu rechnen ist, ist unklar.
2. *Keine Diskussion der Nutzung der Daten.* Der Wissenschaftsrat betont, dass es vordringlich sei, vergleichbare und insbesondere »belastbare« Daten zur Forschungsaktivität zu erheben. Die Nutzung der Daten wird nicht diskutiert. Mit dem Hinweis, dass mit der Datensammlung ausdrücklich »keine Bewertungen« verbunden seien, die jeweiligen Nutzer/innen aber mit den Daten verantwortungsvoll umgehen müssen, stiehlt sich der Wissenschaftsrat aus der Verantwortung. Zudem: wenn die Daten nur zur Beschreibung von Forschungsstrukturen verwendet werden sollen, ist nicht nachvollziehbar, warum Publikationen und Patente so differenziert erfasst werden sollen.
3. *Bewertung ohne Expertise?* Es wäre naiv anzunehmen, dass die Daten nicht zur Bewertung von Forschungsaktivität und -leistung herangezogen

werden: Dies betrifft sowohl Vergleiche zwischen Fächern, insbesondere innerhalb von Hochschulen (der Fächervergleich ist eines der erklärten Ziele des Kerndatensatzes), als auch standortübergreifende Vergleiche innerhalb eines Fachs. Gerade bei Publikationen ist der Vergleich zwischen Fächern, teilweise auch innerhalb einzelner Fächer kaum möglich – ein Grund warum man sich in ersten Beratungsrunden gegen die Aufnahme von Publikationen ausgesprochen hatte. Es ist nicht davon auszugehen, dass Politiker/innen, Hochschulleitungen oder Journalist/innen jeweils Fachexpert/innen zu Rate ziehen, um die Zahlen zu interpretieren – umso mehr, wenn die Daten vom Wissenschaftsrat und der Hochschulrektorenkonferenz als »belastbar« deklariert werden.

4. *Entwertung der nicht im Kerndatensatz enthaltenen Forschungsaktivitäten.* Für äußerst problematisch hält der Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Soziologie, dass alle diejenigen Daten, die nicht zum (»belastbaren«) Kerndatensatz gehören, faktisch entwertet werden. Im Falle der Soziologie sind dies insbesondere die folgenden Aspekte (vgl. hierzu den in einem aufwändigen, dreijährigen Verfahren erarbeiteten Bericht der Pilotstudie Forschungsrating Soziologie des Wissenschaftsrates³):
 - Transferleistungen, die in den Sozialwissenschaften relevant sind, sind im Kerndatensatz nicht enthalten: Hierzu zählt zum einen Wissensvermittlung und -verbreitung, zum anderen der Transfer in andere gesellschaftliche Bereiche wie die Beratung von außerwissenschaftlichen Gremien. Im Gegensatz dazu sollen aber im Kerndatensatz Patente, die in den Sozialwissenschaften keine Rolle spielen, sehr differenziert erhoben werden. Hier herrscht also ein Ungleichgewicht bezogen auf die Erfassung von Transferleistungen.
 - Leistungsvoraussetzungen (wie Gutachtertätigkeit, Herausgabe von Zeitschriften, Organisation wissenschaftlicher Veranstaltungen etc.) werden ebenfalls nicht berücksichtigt.
5. *Unintendierte, das Wissenschaftssystem im Kern schädigende Steuerungswirkungen.* Die zuletzt genannten Punkte sind nicht nur misslich, weil sie die Soziologie im Fächervergleich benachteiligen, sondern auch, weil davon auszugehen ist, dass die faktische Entwertung bestimmter Forschungsaktivitäten und Leistungsvoraussetzungen absehbare, nicht intendierte Steuerungswirkungen für die wissenschaftliche Sozialisation und das Verhalten junger Wissenschaftler/innen hat: Leistungen, die nicht ho-

3 www.wissenschaftsrat.de/download/Forschungsrating/Dokumente/Grundlegende%20Dokumente%20zum%20Forschungsrating/8422-08.pdf

noriert werden, werden unter Wettbewerbsbedingungen auch nicht mehr erbracht. Dies untergräbt letztlich die Existenzbedingungen der Wissenschaft.

6. *Mangelnde Transparenz des Prozesses und unzureichende Einbindung der Fachgesellschaften.* Angesichts dieser absehbaren Risiken und Nebenfolgen ist zu bemängeln, dass die Fachgesellschaften nur unzureichend in den Prozess einbezogen wurden. Zur Kommentierung der Betaversion blieben nur knapp zwei Monate während der Sommerzeit. Die DGS hatte sich mit großem Engagement und Aufwand an der Pilotstudie Forschungsrating beteiligt, auf die Ergebnisse der Pilotstudie der Soziologie wurde jedoch kein (erkennbarer) Bezug genommen.

Schlussfolgerungen

Aus dem Gesagten ergibt sich, dass die Diskussion um den Kerndatensatz breiter geführt werden muss. Der Prozess muss wesentlich transparenter gestaltet werden. Insbesondere sind die Fachgesellschaften stärker zu befragen und ist deren Expertise hinsichtlich der Elemente des Kerndatensatzes systematischer einzuholen. Breiter diskutiert werden muss insbesondere auch die Nutzung des Kerndatensatzes.

Essen, 20. Januar 2016

Stellungnahme der DGS »Für eine breite sozialwissenschaftlich fundierte Schulbildung«

Ökonomische Bildung steht hierzulande hoch im Kurs – ebenso wie die Bemühungen, sie von sozialwissenschaftlicher Einbettung freizuhalten. Im Herbst letzten Jahres hatte die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände den bemerkenswerten Versuch unternommen, durch Intervention beim Bundesinnenministerium ein Verbreitungsverbot des von der Bundeszentrale für Politische Bildung herausgegebenen Themen- und Materialienbandes »Ökonomie und Gesellschaft« zu erwirken. Parallel dazu wurden und werden in Baden-Württemberg heftige öffentliche Diskussionen um den umstrittenen, von der rot-grünen Landesregierung vorgelegten Bildungsplan zum Schulfach »Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung an allgemeinbildenden Gymnasien« geführt. Darin ist eine umfangreiche Einführung in Wirtschaftsprozesse und wirtschaftliches Handeln vorgesehen, deren Stundenkontingent zu Lasten der Vermittlung sozialwissenschaftlicher Perspektiven im Allgemeinen und auch spezifischer soziologischer Bildung im Speziellen geht. Entsprechende Entwicklungen deuten sich auch in den Lehrplänen anderer Bundesländer an. Umso relevanter erscheint eine jüngst veröffentlichte Stellungnahme der Deutschen Gesellschaft für Ökonomische Bildung, die sich für ideologiefreie Unterrichtsbeiträge ausspricht, den Vertretern und Vertreterinnen der sozialwissenschaftlich ausgerichteten sozioökonomischen Bildung aber im selben Atemzug die »wissenschaftliche Dignität« ihrer Position abspricht.

Angesichts der intensiven lobbyistischen Aktivitäten von Wirtschaftsverbänden und Wirtschaftsbildungsorganisationen hält es die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) für geboten, ihrerseits in die Debatte zu intervenieren. Denn es soll zwar nicht angezweifelt werden, dass solide Grundkenntnisse ökonomischer Prozesse wichtig sind, um Schülerinnen und Schülern Analyse- und Handlungskompetenzen zu vermitteln, die für das Leben in einer zunehmend ökonomisierten Gesellschaft unabdingbar sind. Gleichzeitig betrachtet die DGS jedoch erstens mit großer Sorge, wenn im Wirtschaftslehreunterricht die weitgehende oder gar ausschließliche Vermittlung binnenökonomischer Perspektiven angestrebt wird. Diese Fachkonzeption stößt in einem Unterrichtsfach »Wirtschaft, Berufs- und Studienorientierung« schon allein deshalb an Grenzen, weil bei der Berufs-

orientierung die Hinzuziehung soziologischer Theorien und empirischer Befunde unerlässlich ist. Die Berücksichtigung der sozialen Mechanismen, komplexen Voraussetzungen, Einbettungen und Folgen von ökonomisch geprägten Problemen und Lebenssituationen ist in der ökonomischen Bildung unverzichtbar. Die Soziologie verfügt über eine breite und anerkannte Expertise in der Analyse ökonomischer Prozesse, die für eine wissenschaftsorientierte Auseinandersetzung mit ökonomischen Inhalten an Schulen und die Beförderung entsprechender praktischer Kompetenzen grundlegend ist. Mit ebenso großer Sorge stellt die DGS vor diesem Hintergrund zweitens fest, dass die Anteile soziologischer Lern- und Bildungsinhalte unter anderem durch die Aufnahme des neuen Faches Wirtschaft noch weitgehender marginalisiert werden, als sie dies ohnehin bereits sind. Dies betrifft im Grundsatz auch andere sozialwissenschaftliche Disziplinen, wenn auch im Einzelfall in weitaus geringerem Maße.

Diese, durch politische Vorgaben angestoßene und durch massive Interventionen von Interessenverbänden beförderte Entwicklung hat fatale Folgen für das an den Schulen vermittelte Grundverständnis der Herausforderungen, vor denen unsere Gesellschaft gegenwärtig steht. Soziologisches Wissen lässt sich nicht, wie sich etwa jetzt in Baden-Württemberg abzeichnet, auf einige wenige Stunden der Vermittlung von Kenntnissen über private Lebensführung und Identitätsbildung reduzieren – jedenfalls nicht ohne spürbare negative Folgen sowohl für die Reflexionsfähigkeit der Schüler/innen als auch für ihre Fähigkeiten zum praktischen Handeln. Die weitreichenden gesellschaftlichen Umbrüche, mit denen jungen Bürger/innen sich in Zukunft konfrontiert sehen werden – flexibilisierte Arbeitsmärkte und demographischer Wandel, Prozesse der Globalisierung und ökologischen Transformation, Folgen der Digitalisierung und des technologischen Wandels, die sozialen Realitäten von Interkulturalität, Migration und Flucht –, lassen sich nur dann angemessen bewältigen, wenn in der schulischen Bildung dazu ein breites, gesellschaftswissenschaftlich fundiertes Verständnis von sozialen Prozessen und Mechanismen, Strukturen und Akteuren dieser Entwicklung vermittelt wird. Wir möchten daher an die politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger der Bundesländer im Allgemeinen und, bezogen auf die aktuelle Diskussion in Baden-Württemberg, an den Ministerpräsidenten des Landes Winfried Kretschmann, den Minister für Kultus, Jugend und Sport Andreas Stoch und die Bildungspolitikern und Bildungspolitikern des Landes Baden-Württemberg appellieren, sowohl die soziale Dimension ökonomischer Prozesse als auch den

unverzichtbaren soziologischen Beitrag zum Verständnis unserer Gesellschaft (wieder) deutlich stärker im Unterricht zu verankern, als dies gegenwärtig der Fall ist. Dies wäre ein wichtiger Beitrag nicht nur zum didaktischen Pluralismus, sondern auch zur zukünftigen Gestaltungsfähigkeit der Gesellschaft.

Essen, Januar 2016

Stellungnahme der DGS zu Beschäftigungsverhältnissen in der Wissenschaft

Gesellschaftliche Dynamiken machen vor der Wissenschaft nicht halt. In den letzten Jahrzehnten haben staatliche (De-)Regulierungen, Aktivierungspolitiken und neue Formen von *governance* sowie eine zunehmende Ökonomisierung die Bildung im Allgemeinen und die Hochschulen, Universitäten und Forschungseinrichtungen im Besonderen geprägt. Im Sinne eines »akademischen Kapitalismus« verschärft sich der Wettbewerb um Forschungsgelder und Stellen bei gleichzeitiger Unterfinanzierung der Hochschulen fortwährend. Eine wesentliche Folge ist die Prekarisierung von Arbeits- und Beschäftigungsverhältnissen in der akademischen Forschung und Lehre. Die Deutsche Gesellschaft für Soziologie (DGS) sieht diese Entwicklungen mit Sorge, sie fordert ein Umdenken in der Bildungs- und Wissenschaftspolitik sowie strukturelle Veränderungen im deutschen Wissenschaftssystem. Entsprechende Reformen dürfen nicht bei der äußerst zurückhaltenden jüngsten Neuregelung des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes stehen bleiben.

Am stärksten treffen die genannten Entwicklungen den sogenannten akademischen Mittelbau – die bei Weitem größte Beschäftigtengruppe an wissenschaftlichen Einrichtungen. Für sie gibt es kaum planbare Beschäftigungsperspektiven in der Wissenschaft. Die überwiegende Mehrheit arbeitender Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler sieht sich mit (meist unfreiwilliger) Teilzeitbeschäftigung, Befristung, Kettenverträgen und nicht sozialversicherungsrechtlichen Stipendien konfrontiert. Ein Blick in die

Personalstatistik der Hochschulen belegt die verschärfte Konkurrenzsituation des Mittelbaus in der deutschen Wissenschaft eindrücklich: Von 2004 bis 2014 hat sich die Gruppe der wissenschaftlichen und künstlerischen Mitarbeiter/innen an deutschen Universitäten um 61.605 (von 102.380 auf 163.985) Personen vergrößert. Der weit überwiegende Teil der neuen Stellen wird über Drittmittel finanziert, mehr als die Hälfte der im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes abgeschlossenen Verträge hat eine Laufzeit von weniger als einem Jahr (Stand: 2011). Dagegen wurde die Zahl der Professor/innen (ohne Juniorprofessor/innen) in der gleichen Zeit nur um 1.571 (von 20.851 auf 22.422) erhöht. Parallel wurden unbefristete Stellen abseits der Professur immer weiter abgebaut. Im internationalen Vergleich weist Deutschland einen äußerst geringen Anteil an festen Stellen im Wissenschaftssystem auf, konkret derzeit ca. 15% im Mittelbau. Die seit jeher hohe berufliche Unsicherheit hat in den letzten Jahren noch einmal drastisch zugenommen. Die Zuspitzung der Wettbewerbssituation um die Professur als einzige langfristige Karriereoption ist angesichts der Internationalisierung und Pluralisierung im Feld der Wissenschaft nicht nur völlig unsach- und unzeitgemäß, sie nimmt zudem inzwischen dysfunktionale und destruktive Formen an, die letztlich immer mehr sehr gut ausgebildete, talentierte und engagierte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler ausschließen.

Diese Entwicklungen sind gestalt- und steuerbar. Lange Zeit ließ sich die Aufgabenverteilung zwischen Bund und Ländern als Erklärungsansatz für manche Blockade heranziehen. Spätestens aber seit der Lockerung des Kooperationsverbots im November 2014 und der entsprechenden Grundgesetzänderung ist jedoch der Weg für ein stärkeres Engagement des Bundes frei. Die DGS schließt sich der Forderung der Hochschulrektorenkonferenz nach einer Ausweitung der Grundfinanzierung und mehr unbefristeten Stellen sowie den Empfehlungen des Wissenschaftsrats zu einer Neuordnung der Karrierewege in der Wissenschaft durch die Einführung von Tenure-Track-Professuren, einen Zuwachs an Professuren insgesamt und die Etablierung des Karriereziels einer unbefristeten Beschäftigung als Wissenschaftler/in auch jenseits der Professur an.

Es ist aber nicht nur die Wissenschaftspolitik gefordert. Auch die Hochschulen und außeruniversitären Forschungseinrichtungen können viel tun. Der aus dem Templiner Manifest hervorgegangene Herrschinger Kodex der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) zeigt, wie eine Selbstverpflichtung der Hochschulen für bessere Beschäftigungs- und Qualifizierungsbedingungen gelingen kann. Hochschulen sollten ihre ge-

wachsene Autonomie zur Verbesserung der internen Arbeits- und Beschäftigungsbedingungen einsetzen.

Zu guter Letzt sind auch alle Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler dazu aufgefordert, ihr berufliches Handeln zu reflektieren und ihre Handlungsspielräume im Sinne der Beschäftigten zu nutzen. Der notwendige Strukturwandel läuft ohne einen begleitenden arbeitskulturellen Wandel ins Leere. Hierzu gehört auch die aktive, selbst-reflexive Auseinandersetzung mit Formen und Effekten des beruflichen Ausschlusses im deutschen akademischen Feld: Wenn sich die Beschäftigungssituation wie beschrieben massiv prekariert, sind manche Gruppen besonders betroffen, etwa junge Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus nicht akademischen Milieus, Menschen mit Migrationshintergrund usw.

Die DGS ist der Auffassung, dass die autonome und innovative wissenschaftliche Wissensproduktion von destruktiver Ökonomisierung, inszeniertem Wettbewerb und der strukturell bedingten Prekarisierung des Personals bedroht ist. Kooperation und Planbarkeit sind grundlegende Bedingungen wissenschaftlichen Arbeitens und fördern die Qualität von Forschung und Lehre. Gute Wissenschaft ist nicht zuletzt das Resultat guter Arbeitsbedingungen. Die DGS regt deshalb einen Verständigungsprozess innerhalb und zwischen den Fachgesellschaften über die skizzierten Problematiken und ein aktives Engagement für die Herstellung nachhaltig guter Arbeitsbedingungen für alle Beschäftigten an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen in Deutschland an. Mit dem vorliegenden Positionspapier soll dieser Prozess initiiert werden.

Essen, Februar 2016

Quellen

- Jongmanns, G. 2011: Evaluation des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes (WissZeit-VG). Gesetzesevaluation im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Forum Hochschule, Heft 4.
- Kreckel, R., Zimmermann, K. 2014: Hasard oder Laufbahn. Akademische Karrierestrukturen im internationalen Vergleich, Leipzig: Akademische Verlagsanstalt.
- Münch, R. 2011: Akademischer Kapitalismus. Über die politische Ökonomie der Hochschulreform. Frankfurt am Main: Suhrkamp.

-
- Rubins, I. 2007: Risks and Rewards of Academic Capitalism and the Effects of Presidential Leadership in the Entrepreneurial University. *Perspectives in Public Affairs*, Vol 4, 3–18.
- Slaughter, S., Rhoades, G. 2004: *Academic Capitalism and the New Economy: Markets, State, and Higher Education*, Baltimore: Johns Hopkins University Press.
- Statistisches Bundesamt 2005: Fachserie 11, Reihe 4.4 – Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen 2004. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt 2015: Fachserie 11, Reihe 4.4 – Bildung und Kultur. Personal an Hochschulen 2014. Wiesbaden.
- Konsortium Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013: *Bundesbericht Wissenschaftlicher Nachwuchs 2013. Statistische Daten und Forschungsbefunde zu Promovierenden und Promovierten in Deutschland*. Bielefeld.

Veränderungen in der Mitgliedschaft

Neue Mitglieder

Prof. Dr. Katrin Auspurg, München
Katharina Crepaz, Ph.D., München
Simon Egbert, Bremen
Thomas Gurr, Hannover
Dr. Marc Hannappel, Koblenz
Lana Hirsch, M.A., Kassel
Dr. Thomas Hoffmann, Ludwigsburg
Fabian Lüthe, B.A., Hannover
Anna Maier, Augsburg
Christian Pälme, M.A., Bochum
Dr. Helge H. Paulsen, Hannover
Dr. Jörg Radtke, Siegen
Dipl. Soz. Tanja Robnik, München
Prof. Dr. Antje Röder, Chemnitz
Audrey Terracher-Lipinski, M.A., Halle an der Saale
Carolin Thiem, München
Laura Trachte, M.A., München
Dr. phil. habil. Hans-Jürgen Urban, Frankfurt am Main
Susann Wagenknecht, Ph.D., Siegen

Neue studentische Mitglieder

Alexander Feuerherdt, Kiel
Lisa Svenja Gräf, Bochum
Marc-Dirk Harzendorf, Halle an der Saale
Patrick Reitinger, Passau
Anika Richter, Gelnhausen
Nina Schaumann, Frankfurt am Main
Mara Katharina Simon, Berlin
Yvonne Tálás, Chemnitz
Maja Urbanczyk, Tübingen
Wiebke von Wietersheim, Stuttgart

Austritte

Sally Hannappel, Nürnberg
Prof. Dr. Martin Heidenreich, Oldenburg
Anja Jahnel, Schkeuditz
Friedolin Krentel, Gießen
Dipl.-Soz. Susanne Krüger, Dresden
Prof. Sabine Makowka, St. Gallen
Julia Möser, Berlin
Tobias Raff, Rottweil
Dr. Marit Rosol, Frankfurt am Main
Andreas Scheytt, Freiburg
Dipl.-Soz. Julia Tölle, Hamburg

Verstorben

Prof. Dr. Thomas Ohlemacher, Hann. Münden